

Fusion entscheidet sich an der Grenze

BASEL In zwei Wochen bestimmen die Stimmbürger in der Stadt und auf der Landschaft über den nächsten Schritt zu einer Fusion. Ob es zur Heirat der beiden Halbkantone kommt, ist ungewiss.

CAROLE GRÖFLIN
carole.groeflin@luzernerzeitung.ch

Seit rund 200 Jahren voneinander getrennt – und doch eng verbunden. So lässt sich der Status der beiden Halbkantone Basel-Stadt und Baselland beschreiben. Nach bereits zwei gescheiterten Versuchen in der Zwischenkriegszeit und im Jahr 1969 streben die Nordwestschweizer nun erneut die Vereinigung an. Nachdem die beiden Regierungen – der Grosse Rat in der Stadt und der Landrat im Landkanton – den Gegenvorschlag zur abgelehnten Fusionsinitiative für rechtlich zulässig erklärt haben, liegt nun der Ball bei der Bevölkerung der beiden Kantone. Am 28. September entscheiden sie in einer gesonderten Abstimmung darüber, ob sie einen Verfassungsrat einsetzen wollen. Dieser würde dann aus insgesamt 125 Mitgliedern bestehen und die beiden Kantone jährlich jeweils rund 1,2 Millionen Franken kosten: 75 aus dem Kanton Basel-Landschaft und 50 aus dem Kanton Basel-Stadt. Der Rat soll dafür sorgen, dass vier wichtige Gesetze für einen Kanton Basel festgeschrieben werden – unter anderem zur Funktionsweise des Parlaments, der Regierung und der Verwaltung. Damit der Traum von einem geeinten Basel weitergehen kann, bedarf es allerdings eines Ja in beiden Kantonen – wenn keine Zustimmung in beiden Kantonen erzielt werden kann, dann wird die Idee einer Vermählung der beiden Halbkantone unwiderruflich bachab geschickt.

Das Fusionsthema polarisiert schon lange in den beiden Basel. Die Befürworter argumentieren, dass die Kantontrennung in der Realität bereits überwunden sei und eine Kantonsfusion nur den logischen nächsten Schritt darstellen würde. Die Gegner widersprechen dem, denn die beiden Kantone seien weiterhin in jeglicher Hinsicht unterschiedlich. Klar ist jedoch, dass bereits jetzt etliche Organisationen den Beinamen «beider Basel» tragen, da diverse Aufgaben bereits für beide Halbkantone mitgetragen werden.

Stimmbeteiligung entscheidend

Die vorliegende Initiative wurde während eines regelrechten Tauziehens zwischen der Stadt- und der Landregierung ausgehandelt. Insbesondere im Landrat in Liestal kam es in den letzten drei Jahren immer wieder zu hitzigen Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern. Seit drei Jahren versucht das Komitee «Ein Basel» seinen Traum von einem Grosskanton Basel zu realisieren. Klaus Kirchmayr, Mitglied des Initiativkomitees und Landrat der Grünen, sieht



Illustration: Jamina Noser / Bild: Getty

Basel-Stadt		Baselland	
37 Quadratkilometer	Fläche	518 Quadratkilometer	
156 795 Franken	Bruttoinlandprodukt pro Kopf	70 271 Franken	
189 335	Einwohner	278 656	
34,4 Prozent	Ausländeranteil	20,1 Prozent	
3,3 Prozent	Arbeitslosenquote	2,5 Prozent	
6 Prozent	Sozialhilfequote	2,5 Prozent	
SP 30,7% der Stimmen (2012)	Stärkste Partei (Legislative)	SVP 23,9% der Stimmen (2010)	

die Erfolgchancen intakt: «Es wird zu einem knappen Wahlausgang kommen. Der Graben verläuft irgendwo im Oberbaselbiet.» Bis und mit Sissach stiess er während diverser Podien mit seinem Vorhaben auf offenes Gehör. Dass die Wahl in den stadtnahen Gemeinden entschieden werden wird, dessen ist sich auch Initiativgegner und Baselbieter SVP-Nationalrat Thomas de Courten sicher: «Das grösste Stimmenpotenzial liegt in der stadtnahen Agglomeration. Es wird bis zum Abstimmungssonntag knapp bleiben.» Optimistischer zeigt sich die Baselbieter FDP-Nationalrätin und Pro-Baselbieterin Daniela Schneeberger: «Ich schätze, dass das Baselbiet die Fusion ablehnen wird.» Sie rechnet damit, dass die Stimmbeteiligung ausschlaggebend sein wird: «Im befürwortenden unteren Kantonsteil – also dem Speckgürtel der Stadt – wird das Ergebnis relativ knapp ausfallen. Im oberen, ländlichen Kantonsteil wird es eine klarere Ablehnung und sicher auch eine höhere Stimmbeteiligung geben.»

Emotionaler Wahlkampf

Auf dem Land wird ein besonders emotionaler Wahlkampf mit historischen Klischees geführt: Es scheint ganz so, als ob die «vo hingefüre» (Laufentaler) und die Rampasse (Oberbaselbieter) nach wie vor gegen die hochnäsigen Vögte aus der Stadt kämpfen würden. «Der Baselbieter definiert sich primär in der Abgrenzung zur Stadt», sagt Fusionsbefürworter Klaus Kirchmayr. Der Abstimmungskampf der Gegenseite spiele deshalb mit dem drohenden Verlust der Eigenständigkeit, wenn man am 28. September einen Schritt auf die Stadt zu machen würde. 1833 waren es die Baselbieter, die nahe der Stadtgrenze die Basler Truppen militärisch schlugen. Ein grosser Teil der Baselbieter Bevölkerung jubelte, wenige Tage später wurde der Kanton Basel-Landschaft erschaffen. Mit Autoklebern mit der Aufschrift «Baselland bleibt selbstständig», mit Höhenfeuern und einem Anti-Fusionssong, der von einem Baselbieter Musicalsänger in diversen Beizen vorgetragen wurde, betrieb die Gegenseite einen Wahlkampf, der auf den Baselbieter Stolz setzte. «Die Emotionalität versteht ausserhalb Basels eigentlich niemand», wertet SP-Nationalrat und Aargauer Cédric Wermuth den Wahlkampf. Etwas gelassener lief der eigentliche Abstimmungskampf in der Stadt in den letzten Wochen ab: Es hängen kaum Wahlplakate, es hat sich kein Gegen-Komitee formiert. Der eigentliche Wahlkampf wird auf dem Land ausgefochten.

Klaus Kirchmayr mag nicht daran denken, dass die Abstimmung verloren werden könnte: «Das wäre ein herber Rückschlag. Gravierende Probleme des Kantons Basel-Landschaft müssten wir dann selber lösen.» Beispielsweise die Sanierung der Kantonsverschuldung – die etwa dreimal so hoch ist wie diejenige des Kantons Luzern. «Die steigende Unzufriedenheit der stadtnahen Gemeinden könnte dazu führen, dass sich diese künftig von Baselland abwenden würden», vermutet Kirchmayr. Dies gelte es zu vermeiden.

«Probleme grenzübergreifend bewältigen»

EXPERTE cin. Trotz diverser Versuche ist es in der jüngsten Schweizer Geschichte zu keiner erfolgreichen Kantonsfusion gekommen. Der Schweizer Politologe Andreas Ladner erklärt, weshalb dieses Konzept nicht mehr zeitgemäss ist und nicht reüssieren kann.

Herr Ladner, wie positionieren Sie sich für den 28. September, wenn die beiden Basel darüber abstimmen, ob sie eine Fusion prüfen möchten?

Andreas Ladner*: Die grosse Frage bei Fusionen ist immer, ob daraus für die betroffenen Kreise ein wesentlicher Vorteil erwächst. Wenn dies nicht überzeugend aufgezeigt werden kann, ist es schwierig, ein solches Projekt durchzubringen. Mehr Gewicht auf Bundesebene, Einsparungen bei der Verwaltung und bessere Entwicklungsperspektiven sind etwas zu allgemeine Argumente, um die Wähler packen zu können.

Sind alle Kantonsfusionen von vornherein zum Scheitern verurteilt?

Ladner: Das würde ich nicht per se sagen. Jedoch ist das Projekt in Basel nicht hinreichend ganzheitlich ausgestaltet. Solche Fusionen führen wieder zu neuen festen Grenzen. Eigentlich müsste man von Aufgabe zu Aufgabe entscheiden, welche Organisationsform gewählt wird. Steuerfragen müssen anders gehandhabt werden als Strassenbauprojekte.

Sie glauben generell nicht an den Mehrwert einer Kantonsfusion?

Ladner: Oftmals sind solche Fusionsprojekte nicht genügend attraktiv ausgestaltet. Im Fall von Basel kommen noch die unterschiedlichen Interessen zwischen Stadtbevölkerung, Agglomeration und Landbevölkerung hinzu. Wir müssen in grösseren Räumen und auch vermehrt in die Zukunft gerichtet denken.

Sie plädieren also für Organisationsformen, die völlig losgelöst sind von Gemeinde- und Kantonsgrenzen?

Ladner: Es gibt oftmals Probleme, die nur mit mehreren Akteuren gemeinsam gelöst werden können. Gute Beispiele

sind hierfür Konkordate oder Konferenzen, bei welchen der Fokus auf einem Themengebiet liegt. Solche Ansätze werden immer wichtiger. Ich finde aber Gemeindezusammenschlüsse in gewissen Fällen sinnvoll.

Die heutigen Gemeinde- und Kantonsstrukturen reichen zur Aufgabenbewältigung nicht mehr aus?

Ladner: Es müssen sicherlich weitere Organe hinzukommen, um langfristig zu planen und grosse Dossiers wie den Bildungs- oder den Gesundheitsraum zu bewältigen.

Wie sieht Ihr Idealbild von einem föderalistischen Schweizer Staat aus?

Ladner: Ich kann Ihnen hierfür keine Karte zeichnen. Wichtig bei der Organisationsform ist, dass diejenigen mitreden können, die von einem Problem betroffen sind und ihre Optik einbringen können. Das kann zwischen Gemeinden, Regionen, Talschaften oder auch Städten passieren. Wir müssen anfan-

gen, Probleme grenzübergreifend in Angriff zu nehmen.

Die Abstimmung in beiden Basel ist also nicht der erste Schritt zu Grosskantonen, wie sie immer wieder thematisiert werden?

Ladner: Selbst eine erfolgreiche Fusion der beiden Basel wäre im besten Fall ein Tropfen auf den heissen Stein, um den Föderalismus und die Leistungserbringung in der Schweiz nachhaltig zu reformieren. Es fehlt die ganzheitliche Optik des Basler Projekts. Für eine Optimierung müsste stärker regional gedacht und auch die Rolle der Gemeinden mitberücksichtigt werden.

HINWEIS



***Andreas Ladner** (56) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Lausanne. Er leitete diverse Forschungsprojekte des Schweizerischen Nationalfonds in der Kommunal- und Parteienforschung.

Ob- und Nidwalden wollten nicht

FUSION cin. Der Nidwaldner CVP-Landrat Josef Frunz hatte im Jahr 1997 einen Vorstoss eingereicht, in dem er eine engere Zusammenarbeit zwischen den Halbkantonen angeregt. Auch eine mögliche Kantonsfusion stellte er zur Diskussion. Kurz darauf doppelte der Obwaldner CVP-Kantonsrat Gianni Theler mit einer gleichlautenden Eingabe nach. Das Thema sorgte für hitzige Diskussionen, doch am Ende blieb alles wie gehabt: Ob- und Nidwalden wurden nicht zusammengelegt. Hingegen war man sich einig, dass man die Zusammenarbeit verstärken wolle.

Erfolgreiche gemeinsame Projekte sind beispielsweise das Informatikleistungszentrum ILZ, das Verkehrssicherheitszentrum sowie die Psychiatrie in Sarnen. Düster siehts bei den Kantonsspitalern aus: Vor einem Monat wurde publik, dass sie künftig auf allen Ebenen getrennte Wege gehen werden.